

Die „Welt“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Preis beträgt bei jeder Lieferung 30 Pfennig, 12. — für den Monat Dezember, im Voraus zahlbar. Für Holzbock können auch die Postämter bestellbar sein. Unter Berücksichtigung der Postgebühren, des Porto und des Abdruckes sowie der früheren deutschen Verleger, des Verlags „Die Welt“ in Berlin, 10. — für das dritte Ausland 20. — Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin 12, Breite Straße 56b

Die abonnententragende Monatszeitung über den Raum hat 6. — M. einschließlich Postgebühren. Einzelhefte 1. — M. oder weitere 1.20 M. einschließlich Postgebühren. Vierteljährige 3.50 M. sechs Monate 6.50 M. ein Jahr 12.50 M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

# Die Welt

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### Der Plan einer europäischen Konferenz

#### Bereinbarung statt Gewalt

London, 14. Dezember.

Im „Daily Chronicle“ tritt Politikus für die Einberufung einer europäischen Konferenz durch Lord George und Briand unter Teilnahme Deutschlands, der übrigen ehemals feindlichen Staaten und Rußlands ein, um die Grundpläne für ein europäisches Übereinkommen zu erörtern, wie dies in Washington für die pazifischen Fragen geschehen ist. Politikus schreibt, der Friede Europas beruhe augenblicklich nicht auf Vereinbarungen, sondern auf Gewalt. Man müsse Vereinbarungen an die Stelle militärischer Bedrohungen setzen und so einen Weg für den Frieden, die Abrüstung und den wirtschaftlichen Wiederaufbau in Europa ebnen. In der Reparationsfrage müsse sich Deutschland verpflichten, angemessene Reparationen zu zahlen. Es sei jedoch klar, daß Deutschland nicht zahlen könne, was man erwartet habe und was der Vertrag von Versailles vorsehe. Eine Regelung der Reparationsfragen sei sinnlos ohne gleichzeitige Regelung der Rüstungsfragen. Es habe seinen Wert, Mikisard von Deutschland herauszubekommen, damit Frankreich sie für sein Heer oder den Bau von U-Booten ausgeben. Einen wesentlichen Teil jedes Übereinkommens in der Reparationsfrage würde also immer die Bedingung bilden, daß Frankreich und die anderen europäischen Mächte ihre Streitkräfte herabsenken. Wenn Deutschland erklären würde, an einem Übereinkommen teilzunehmen, in dem es wirtschaftliche Garantien, vielleicht unter Völkerbundsaufsicht, gebe, z. B. daß es sein Heer auf 100 000 Mann beschränke: weshalb könne sich Frankreich dann nicht mit einem Heere begnügen, das stärker sei als das Deutschlands, aber nur Verteidigungszwecken diene, und warum könnten nicht auch alle anderen Mächte in dem gleichen Verhältnis abzurufen?

### Die Unterzeichnung

#### des Viererabkommens

CC. Washington, 14. Dezember.

Das Abkommen über den Pazifischen Ozean wurde gestern vor Mittag um 11 1/2 Uhr unterzeichnet. Als erster unterzeichnete Staatssekretär Hughes, ihm folgten die Senatoren Lodge, Underwood und Root, sodann die englische Abordnung, von Arthur Balfour geführt, und als französischer Vertreter René Flandin. Da die anderen französischen Delegierten abwesend waren, kann das Abkommen noch nicht als endgültig unterzeichnet betrachtet werden. Die japanische Abordnung mit Baron Kato an der Spitze unterzeichnete als letzte.

Der Vertrag ist in englischer und französischer Sprache abgefaßt. Es wurde ferner folgender Zusatzvertrag unterzeichnet: In dem

Jugendlich, in dem der Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten, dem englischen Weltreich, Frankreich und Japan unterzeichnet wird, wird erklärt, daß es der Wille und die Absicht der unterzeichnenden Mächte ist, 1. daß der Vertrag sich auch auf die Mandatsinseln im Stillen Ozean bezieht unter dem Vorbehalt, daß der Abschluß dieses Vertrages die Zustimmung der Vereinigten Staaten zu den erteilten Mandaten bedeutet und nicht den Abschluß von Verträgen zwischen den Vereinigten Staaten und den Mandatsmächten verhindert, die sich auf die Mandatsinseln beziehen, 2. daß in dem Abkommen im § 2 Artikel 1 nicht die Fragen enthalten sind, die nach den Grundsätzen des internationalen Rechtes von der Souveränität der in Frage kommenden Mächte abhängen.

Präsident Harding wird den Vierervertrag dem Senat nicht eher zur Ratifizierung vorlegen, ehe nicht die Washingtoner Konferenz beendet ist.

Der japanische Ministerpräsident Taka-hashi erklärte in einer Rede, daß das Viererabkommen im Pazifischen Ozean ein unüberwindliches Hindernis für jeden Angriff bilde, und daß es den größten Dienst leisten werde, der jemals in der Weltgeschichte dem allgemeinen Frieden geleistet worden ist.

### Die Verteilung der deutschen Milliarde

Das Brüsseler Finanzabkommen vom 13. August 1920, das die Verteilung der nach dem Londoner Ultimatum gezahlten deutschen Goldmilliarde regelte, ist bekanntlich von Frankreich, trotzdem der französische Finanzminister Doumer das Abkommen unterzeichnete, nicht ratifiziert worden. England hat wiederholt erklärt, daß es an dem Abkommen festhalte. Da es nach den Berichten der französischen Presse über den Besuch Loucheurs den Anschein hatte, als sei England geneigt, zum Vorteil Frankreichs das Finanzabkommen vom 13. August abzuändern, durch das die erste von Deutschland am 31. August gezahlte Milliarde Goldmark zwischen England und Belgien verteilt wird, erklärt Reuters nach Informationen von gut unterrichteter Seite, daß die Haltung der britischen Regierung unverändert sei. England bleibe dabei, daß dieses Abkommen von der französischen Regierung ratifiziert werden solle. Die vor kurzem geführten Beratungen hätten zweifellos ergeben, daß die belgische Regierung nicht bereit sein würde, auf ihre Prioritätsrechte bei dem Anteil an dieser Summe zu verzichten. England sei ebensowenig bereit, seinen Anteil aufzugeben, der dazu bestimmt ist, die großen Kosten des Besatzungsheeres zu erleichtern.

Der „Welt Parisien“ bemerkt zu dieser Neutermelung, man möge sich durch sie nicht beruhigen lassen und der Zusammenkunft zwischen Briand und Lloyd George mit Vertrauen entgegensehen.

Regierung alles getan hat, um sowohl ihre Pflicht gegenüber ihrem Lande zu erfüllen als auch den Bestimmungen und dem Geist des Protokolls von Venedig gerecht zu werden.

### Das deutschösterreichische Heerwesen

Wien, 13. Dezember.

Im Nationalrat gelangte in Fortsetzung der Budgetberatung das Kapitel „Heerwesen“ zur Verhandlung. Der Sozialdemokrat Deutsch hob hervor, daß die Besetzung des Burgenlandes zeige, daß Österreich wirklich eine Wehrmacht brauche. Trotz der mangelnden Ausrüstung habe die Wehrmacht die Grenzen behauptet. Die Arbeiterkammer betrachte die Wehrmacht als Schutz der republikanischen Freiheiten und sie hoffe, daß die bestehende Waffenbrüderlichkeit zwischen dem arbeitenden Volke und der Wehrmacht immerdar fortbestehen werde.

Der Christlich-Sozialer Herzogel wies den Sozialdemokraten vor, daß sie das Heer zu parteipolitischen Betätigung getrieben hätten. Großdeutscher Wankel erklärte, es gäbe heute keinen Politiker, der nicht überzeugt wäre, daß die Truppen in der Verteidigung der Republik die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt hätten.

### Die oberschlesischen Verhandlungen

Beuthen, 13. Dezember.

In Fortsetzung ihrer gestrigen Besichtigungsreise nahm die Kommission für das Eisenbahnen und die zukünftigen Grenzbahnhöfe im südlichen Abschnitt in Augenschein. Gleichzeitig fand in einem Untersuchungsausschuß eine allgemeine Aussprache über die Verhältnisse statt. Die Kommission für Wasser und Elektrizität hat nach Erörterung von technischen Einzelheiten über die Wasserversorgung der Stadt Beuthen sich der Behandlung der Elektrizitätsfrage zugewandt. In der Kommission für das Zollwesen sind die Verhandlungen soweit gefördert, daß heute bereits zur Erörterung besonderer Bestimmungen über den Grenzverkehr für die Übergangszeit geschritten werden konnte. Die Kommission für Bergwerksangelegenheiten konnte ihre Arbeiten soweit fördern, daß heute das letzte Thema, die Frage der Eis- und Zinklerze, zur Verhandlung gestellt werden konnte.

### Kurse, Preise und Löhne

#### Kosten der Lebenshaltung in Deutschland, England, Frankreich

Die Börse steht im Mittelpunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit. Das Interesse für den Stand der Devisenkurse folgt gleich auf das Interesse für das neueste Kinodrama. Kreise, die von der Börse früher nur den Namen, von den Devisen und der Baluta nicht einmal diesen kannten, verfolgen heute mit Eifer das Auf und Ab der Kurse. Nach dem Stande des Dollars berechnen wir unsere Lebensmöglichkeiten. Wir sind daran gewöhnt, daß jedes Steigen des Dollars unseren Lebensstandard kürzt, alle Preise in die Höhe treibt, wir sind aber gar nicht daran gewöhnt, daß eine Senkung des Dollarkurses mit der gleichen Geschwindigkeit eine Verminderung der Preise hervorruft.

Alle, die ein festes Einkommen an Lohn oder Gehalt beziehen, sind ferner daran gewöhnt, daß ihre infolge der Wertaufschleicherungen erhobenen Lohnforderungen trotz der offensichtlichen Wertminderung der Lohnsumme entweder auf heftigen Widerstand oder auf sehr zögerndes und immer ungenügendes Entgegenkommen der Unternehmer stoßen — derselben Unternehmer, die samt und sonders die Preise sofort nach den Kurssteigerungen regulieren, soweit dies nur einigermaßen möglich ist. Die Arbeiter und Angestellten sind andernteils daran gewöhnt, daß Lohnforderungen, die im Augenblick einer Verbesserung des Marktkurses erhoben werden müssen, mit dem Einwand zurückgewiesen werden, daß doch nun, da der Wert der Markkurse steigt, kein Anlaß zu Lohnerhöhungen mehr gegeben sei.

Das geschieht z. B. gegenwärtig. Die Arbeiter und Angestellten werden indes von einer Steigerung des Wertes der Lohnmark noch nichts bemerkt haben, denn einstweilen kommen noch immer die Nachwirkungen der vorausgegangenen Wertaufschleicherung in weiteren Preissteigerungen zum Ausdruck. Ein weiteres Steigen der Markkurse wird die Aufwärtsbewegung der Preise zwar schließlich zum Stillstand bringen, aber ob ein nennenswertes Preisrückschlag eintritt, das ist zweifelhaft und bleibt zum mindesten abzuwarten.

Das zeigt nun, daß die Bewegung der Devisenkurse eine unbrauchbare und für die Arbeiter und Angestellten selbst höchst nachteilige Unterlage für die Festlegung der Löhne und Gehälter ist. Als Maßstab für die Schätzung der Kaufkraft des Lohnes und für die Berechnung notwendiger Zulagen bleiben uns immer nur die Maßzahlen für die Lebensmittelpreise, über deren Stand wir laufend berichtet haben.

Und zwar müssen wir, um ein stichhaltiges Urteil über das Verhältnis zwischen Preisen und Löhnen zu gewinnen, zurückgehen auf den Stand vor dem Kriege. Ein solcher Vergleich ist jüngst von maßgebender Stelle berechnet und dem Reichstagsabgeordneten als Material zur Verfügung gestellt worden. Die Berechnung, die nach einer sorgfältig überlegten Methode erfolgte, hatte zum Ziel die Herausbildung von Vergleichsmaterial zwischen den Löhnen und Preisen in Deutschland, England, Frankreich und Amerika. Besonders der Vergleich mit dem Auslande machte eine sehr vorichtige Berechnungsmethode nötig, auf die wir nicht näher einzugehen brauchen.

Das Ergebnis der Berechnung ist jedoch ungemein lehrreich. So standen am 1. August 1921 in Deutschland die Löhne für die Arbeiter in den Reichsbetrieben um 6 sogenannte Goldpunkte über dem Lebensmittelpreis, was eine kleine, kaum fühlbare Besserung der Lebenshaltung gegen die Vorkriegszeit bedeutet. Diese Besserung würde wahrscheinlich völlig verschwinden oder wohl gar in eine Verschlechterung umschlagen, wenn auch die Bekleidung in die Berechnung der Lebensmittelpreise einbezogen werden würde, was bekanntlich nicht geschieht. Für andere Gruppen, vornehmlich für gelernte Arbeiter, stellt die Berechnung ohnehin eine Verschlechterung der Lebenshaltung fest. So waren die Tariflöhne der deutschen Buchdrucker bereits im August 1921 mit einem Fehlbetrag von 14 Goldpunkten hinter dem Stand der Lebensmittelpreise zurückgeblieben.

Anders liegen die Dinge in England. Die Untersuchung beschäftigt sich hier mit vier Gewerbegruppen: dem Baugewerbe, der Metallindustrie, dem Holzgewerbe und der Papierindustrie. Bei einer Durchschnittsberechnung stellt sich heraus, daß im August der Lohnindex allgemein um 28,31 Goldpunkte über dem Lebensmittelpreis stand. Das bedeutet, daß die Kaufkraft der Löhne in England nicht unerheblich besser ist als in der Vorkriegszeit.

Ebenso in Frankreich und Amerika. Dort stand der Lohnindex um 18 bzw. 50 Goldpunkte über dem Lebensmittelpreis.

Deutschland ist also das einzige der fünf Länder, in dem im August die Lebenshaltung der Arbeiter hinter dem Stand der Vorkriegszeit zurückstand. Verglichen mit dem

### Eine unwürdige Komödie

#### Oesterreich bleibt der Abstimmung fern

Wir hatten gestern eine Wiener Meldung wiedergegeben, wonach die Botschafterkonferenz dem Ansuchen der deutschösterreichischen Regierung entsprochen und die auf den 14. bzw. 16. Dezember festgesetzte Abstimmung in Oedenburg auf einen späteren Termin hinausgeschoben hätte, um eine gerechte Abstimmung zu ermöglichen. Wie jetzt das Ungarische Teleg. Korrespondenzbureau meldet, hat General Ferraris, der Präsident der Interalliierten Generalkommission in Oedenburg, dem Oberregierungsminister Guilleaume die Entscheidung der Generalkommission mitgeteilt, demzufolge mit der Abstimmung in Oedenburg am Mittwoch, den 14., um 8 Uhr vor Mittag, unter allen Umständen angefangen wird.

Dazu schreibt die Wiener Politische Korrespondenz: Im Ministerium des Äußeren sind in den späten Abendstunden Nachrichten eingelaufen, nach denen die Interalliierte Generalkommission in Oedenburg trotz der ihr von der Botschafterkonferenz erteilten Ermächtigung eine Verschiebung der Abstimmung in Oedenburg nicht durchzuführen geneigt ist. So daß mit der Abstimmung am 14. Dezember gerechnet werden muß. Gestützt auf die ihr von ihrem Delegierten in Oedenburg zu gekommenen Berichte, nach denen in keiner Weise ein auch nur den primitivsten Begriffen der Unparteilichkeit und Freiheit einer Abstimmung entsprechender Vorgang gemächlichkeit ist, hat die Bundesregierung im Einvernehmen mit allen politischen Parteien der Nationalversammlung beschlossen, an der Volksabstimmung nicht teilzunehmen, die Abstimmungskommission abzuberufen und das Ergebnis der Abstimmung nicht anzuerkennen, falls die Generalkommission an ihrem Standpunkt festhalten sollte. Sollte die Generalkommission an dem von ihr beschlossenen Termin festhalten, so wird die Regierung die ihr zur Verfügung stehenden Materialien, die in einwandfreier Weise den Nachweis erbringen, daß entgegen dem Venediger Protokoll die Abstimmung weder formell noch sachlich durchgeführt ist und aller Voraussetzung einer freien Willensbetätigung der Bevölkerung entbehrt, dem Nationalrat vorlegen. Die Öffentlichkeit wird dann beurteilen können, daß die Österreichische

Löhne der anderen Industriestaaten, sind die deutschen Löhne — Hungerlöhne.

Seit August 1921 haben wir aber weitere erhebliche Steigerungen der Lebensmittelpreise erlebt. Die Großhandelsindizes des Statistischen Reichsamtes zeigen von September zu Oktober eine Steigerung von ungefähr 18 Prozent, von Oktober zu November eine weitere Erhöhung um 38,9 Prozent, und auch seitdem haben die Preise nicht aufgehört zu steigen. Wir wiederholen unsere bereits einmal gestellte Frage: Wo sind die Lohn-erhöhungen, die diese Steigerungen der Preise wettmachen? Sie sind nirgends eingetreten. In allen Industriezweigen sind die zumeist ebenfalls prozentual erfolgten Lohnsteigerungen weit hinter diesen Prozentzahlen der Preissteigerung zurückgeblieben. Darum ist jede Lohnforderung in Deutschland in jedem Augenblick berechtigt, nur dürfen wir nicht auf die Devisenkurse starren, sondern die Preissteigerungen beachten. Und die Gewerkschaften müssen noch jetzt, im letzten Augenblick vor der zu erwartenden Krise, alle Anstrengungen machen, um weitere Lohn-erhöhungen zu erreichen. Es ist kläglich genug, daß alle unsere Forderungen und Erfolge schließlich nur erreichen, daß die Massen der Arbeitenden vor dem Hunger bewahrt bleiben. Das aber muß endlich einmal durchgesetzt werden.

## Die Kreditvereinigung der deutschen Gewerbe

In der gestrigen Plenarsitzung des Reichswirtschaftsrates, die im Stadtverordnetenversammlungssaal tagte, wurde die am Sonnabend zurückgestellte Abstimmung über den Entwurf zur Errichtung einer Kreditvereinigung der deutschen Gewerbe vorgenommen. Es handelt sich dabei um die Kompromißfassung, die in unserer Sonntag-Morgenausgabe im Vorlauf veröffentlicht ist. Nach kurzen Hinweisen von Dr. Hagenburg, dem Vater des Gesetzentwurfes, und Direktor Krämer, die beide für Annahme ohne weitere sachliche Erörterung eintraten, wurde die vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen.

Mit der Annahme dieses Kompromisses, der die Kreditaktion als eine Lebensnotwendigkeit bezeichnet, ist praktisch nicht viel mehr erreicht, als daß eine Grundlage für das zu schaffende endgültige Reichsgesetz vorhanden ist. Von Interesse ist, daß der Reichswirtschaftsrat mit der Zustimmung anerkannt hat, daß eine Verquickung der Kreditaktion mit bestimmten Forderungen, wie etwa die Entstaatlichung der Eisenbahnen oder anderer Staatsbetriebe, abzulehnen ist. Damit ist nicht gesagt, daß die Industrie diese Pläne, die ihr durch den energischen Widerstand der Arbeiter, Angestellten- und Beamtenkreise durchkreuzt worden sind, aufgibt. Die Zustimmung zu Beschlüssen des Reichswirtschaftsrates verpflichtet nicht allzu stark. Die Leute der Industrie sind zäh in der Verfolgung ihrer Pläne und es bedarf der fortgesetzten Aufmerksamkeit aller beteiligten Kreise, daß die jetzt zurückgestellten Pläne nicht bald in anderer Verkleidung und mit anderer Begründung wiederkehren.

## Erinnerung an Stegerwald

Herr Ministerialrat Schellen war zur Zeit Stegerwalds Vertreter der preussischen Regierung in München. Die Beziehungen zwischen München und Berlin während der Bayernkrise waren, wie wir seinerzeit mehrfach betont haben, außerordentlich innig. Sie beruhten auf einer nahezu völligen Uebereinstimmung zwischen Stegerwald und Rahr, die soweit ging, daß Herr Stegerwald sogar Neigung zu einer Fronte gegen die Reichsregierung zeigte. Das wird noch deutlicher durch einige Veröffentlichungen der demokratischen „Süd-deutschen Presse“ über das Treiben des Herrn Schellen in München. Das Blatt schreibt:

Der preussische Geschäftsträger in München, Ministerialrat Schellen, beabsichtigt, demnächst einen sechsmonatigen Urlaub

anzutreten. Wie zugleich verlautet, wird Herr Schellen nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren, woraus zu schließen ist, daß sein Rücktritt mit den letzten politischen Vorgängen in Bayern zusammenhängt, die eine Erweiterung der Regierungskoalition bezwecken. Damals hörte man, daß sich der Generaldeputierte seit Beginn seines Wirkens in München sehr eifrig um eine präconzipierte Reichsentwicklung in Bayern bemüht und seit dem Sturz Rahr-Roth-Vorhieser verschiedene Schritte unternommen habe, um den Deutschnationalen den Weg zur Rückkehr in die Regierung zu ebnen.

Das Treiben des Herrn Schellen war offen auf die Bildung einer preussisch-bayerischen Einheitsfront gegen die Reichspolitik gerichtet, und Herr Schellen folgte damit durchaus dem Willen seines Meisters Stegerwald. Herr Schellen ist jetzt abberufen, und die bayerische Reaktion widmet ihm in der verdächtigsten Weise lobende Nachrufe. Wir fürchten, daß Herr Schellen nicht das letzte Kräftstück aus der Erbschaft Stegerwalds ist. Die preussische Regierung würde sich ein Verdienst erwerben, wenn sie auch die anderen Reste dieser großen Zeit schnell und spurlos beseitigen würde. Das Wesen der Regierung Stegerwald aber wird durch diese Erinnerung an einen ihrer höchsten Beamten von neuem trefflich beleuchtet.

## Stegerwald und Stinnes

Der Deutsche Gewerkschaftsbund gegen die Erfassung der Sachwerte — für die Verschäderung der Eisenbahn

Der christliche deutsche Gewerkschaftsbund hat endlich Zeit und Gelegenheit gefunden, zu den schwerwiegendsten Fragen, die gegenwärtig die politische Öffentlichkeit bewegen, Stellung zu nehmen. Er hat eine ausführliche Denkschrift über die Frage der Ueberführung der Eisenbahn in privatwirtschaftliche Formen verfaßt, in der er sich rückhaltlos gegen die Erfassung der Sachwerte und für die Umgestaltung des Eisenbahnbetriebes in ein gemischt-wirtschaftliches Unternehmen ausspricht. In dieser Denkschrift heißt es zunächst:

Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist der Auffassung, daß die politischen und volkswirtschaftlichen Aufgaben der Eisenbahn nur in einem staatlichen Betriebe gewährleistet werden können. Er ist der Auffassung, daß alle Möglichkeiten, die das deutsche Volk aus seinen Köfen befreien können, ohne den staatlichen Charakter der Eisenbahn anzugreifen, erschöpft werden müssen. Seine weitere Auffassung ist aber, daß derartige Möglichkeiten im Augenblick nicht gegeben sind, daß vielmehr der Augenblick vor der Tür steht, in dem die Entente völkerrichtslos auf das deutsche Eigentum, vor allem auf die noch erhebliche Goldwerte in sich schließenden Reichseisenbahnen ihre Hand legen wird. Aus grundsätzlichen Erwägungen heraus ist der Deutsche Gewerkschaftsbund nicht in der Lage, denen zuzustimmen, die als Abhilfe die Erfassung der Sachwerte propagieren.

Dagegen erscheint dem Deutschen Gewerkschaftsbund der Weg, den der Reichsverband der deutschen Industrie aufgezeigt hat, gangbar. Er bedauert zwar, daß die Industrie ihr Kreditangebot von der Ueberführung der Eisenbahn in private Hand abhängig gemacht habe, aber er kann sich auch „der Einsicht nicht verschließen“, daß das Verlangen nach Einführung rationaler Wirtschaftsformen „in die verstaatlichten Staatsbetriebe eine Forderung ist, der im Prinzip von fast allen Schichten des deutschen Volkes längst zugestimmt wird“. Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist der Ansicht, daß die staatliche Verwaltung der Reichsbetriebe es nicht verstanden hat, diese Betriebe ohne schweres Erschütterungen durch die Ereignisse der Zeit zu bringen. Mit auffallend scharfen Worten wendet sich die Denkschrift besonders gegen die Reichseisenbahnverwaltung und gegen die Gestaltung ihres Haushaltes. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hält es für notwendig, die von der Industrie erhobene Forderung im Grundgedanken zu akzeptieren, dabei jedoch hinsichtlich der Einzelheiten Wege aufzuweisen, die den Machtwillen des privaten und vor allem des schwerindustriellen Kapitals in seine Schranken zurückzuweisen geeignet sind“, wie es in prägnanter Schönheit in der Denkschrift heißt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund werde zwar nicht seine Zustimmung zur Auslieferung der Reichseisenbahn an das Industriekapital geben. Vertrauenslos, wie er ist, glaubt er auch, daß der Reichsverband der deutschen Industrie einen solchen Weg nicht im Auge hat. Dagegen dürfte nach der Auf-

fassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes die Umwandlung der Reichseisenbahn in einen „gemischt oder gemischt-wirtschaftlichen Betrieb“ ein mögliches und unter Umständen erstrebenswertes Ziel darstellen.

In ihren weiteren Absichten macht die Denkschrift Einzelvorschläge über diese Umgestaltung. Als Rechtsform des gemischt-wirtschaftlichen Unternehmens, das der Deutsche Gewerkschaftsbund zugleich ein „gemischt-wirtschaftliches“ nennt, wird die Aktiengesellschaft in Vorschlag gebracht. An dem Aktienbesitz würden sich beteiligen: Industrie, Landwirtschaft, Handel, das Reich, die Länder und das Personal der Eisenbahn vertreten durch ihre Gewerkschaften. Die von den Gewerkschaften zu übernehmenden Aktien wären zum Teil in Kleinaktien zu zerlegen.

Auf die weiteren Einzelheiten der Denkschrift brauchen wir nicht einzugehen. Unsere kurze Skizze ihres Inhalts zeigt, daß der Geist Stegerwalds daraus weht. Die vielen Wenn und Aber der Denkschrift kennzeichnen diesen Geist.

Aber noch etwas anderes ergibt sich aus dieser Rundgebung. Die Ideen dieser Denkschrift sind nicht einmal auf dem geistigen Mist der Stegerwald und Genossen gewaschen. Sie sind deutlich erkennbar als das Ergebnis der von uns mehrfach erwähnten Beratungen in der Zentralarbeitsgemeinschaft. Dort haben die Abgeordneten des Herrn Stinnes die Vertreter der christlichen Gewerkschaften für ihre Ideen gewonnen durch das Angebot der Mitbestimmung der Gewerkschaften an dem geplanten gemischt-wirtschaftlichen Unternehmen. Und Stegerwald ist auf diesen Reim getreten.

Die Denkschrift zeigt also nicht nur, daß die christlichen Gewerkschaften als Bundesgenossen im Kampfe um die Erfassung der Sachwerte und gegen die Annahmen der Schamerindustrie nicht in Betracht kommen. Sie offenbart vor allem das Bündnis der Christen mit den Scheismachern um Stinnes. Und die Stätte, wo dieses Bündnis geschlossen wurde, ist die Zentralarbeitsgemeinschaft.

## Es war alles in Ordnung

Marloh als Organ der rechtmäßigen Staatsregierung

Die Wege der Justiz sind wunderbar. Unbekannt ist die Tatsache, daß der Massenmörder Marloh bei den Märzunruhen des Jahres 1919 ohne jedes Recht und gegen alles Gesetz eine größere Anzahl von Matrosen niederstießen ließ. Für die Mutter eines der erschossenen Matrosen hatte Genosse Rosenfeld den Antrag auf Entschädigung gestellt. Der Ausschuh II Berlin für Feststellung von Entschädigungen für Anstrichschäden hat auf diesen Antrag folgenden Bescheid gegeben:

„Es steht fest, daß der Sohn der Antragstellerin Handrechtlich erschossen worden ist. Sein Tod ist daher auf einen nach Kriegswelt gestellten Spruch der Organe der rechtmäßigen Staatsregierung zurückzuführen. Die Erziehung ist in Ausübung der Staatsgewalt erfolgt. Es liegt daher ein Gewaltakt im Sinne des Unmüllschadensgesetzes nicht vor. Ebensowenig kann davon die Rede sein, daß das schädigende Ereignis durch Abwehr offener Gewalt entstanden sei. Denn die Erziehung erfolgte nicht zum Zwecke der Abwehr. Es war lediglich ein Akt der Strafverfolgung wie jeder Urteilsauspruch.“

Das hat sich selbst Marloh gemäß nicht träumen lassen, daß er noch diese Anerkennung erhalten würde. Sie ist wieder einmal bezeichnend für die formalistische Auffassung gewisser Kreise, die selbst für die schrecklichsten Verbrechen noch eine gesetzliche Deckung finden. Die Erziehung der 20 Matrosen ist eine rechtmäßige Handlung, das ist ein Urteil, dessen sich nicht nur seine Verurteiler schämen müssen.

## Kleine Nachrichten

Ausweisung von Anhängern Karls aus der Schweiz. Der schweizerische Bundesrat hat mehrere sechs Personen, die dem Ex-kaiser Karl nahestehen, ausgewiesen bzw. ihnen das Betreten der Schweiz verboten.

Der Rotenunfall in Belgien betrug am 1. Dezember 6 255 000 000 Franken.

Die Stadt Rom für die Hungerrunden in Rußland. Der Gemeinderat der Stadt Rom hat nach längerer Debatte einen Kredit von 50 000 Lire zu Gunsten der Hungerrunden in Rußland bewilligt.

## Unter Wilden und in der Urzeit

Zwei gute Jugendbücher

In jedem Kind steckt ein Wilder. In jedem Kind lebt die Sehnsucht nach Abenteuer, nach dem Herumstreifen des Menschen als Jäger mit Pfeil und Bogen oder mit Speer und Wurfspeer. Diese Abenteuerlust kann das Kind im Gewirr der Großstadt-Raube, in der Enge der Mietkasernen, in der Ueberfülle des Schulhofes, in der Disziplin der Klasse, nicht befriedigen. Sie wird erfüllt durch Schundliteratur, durch Rino und anderen Erlosch. Es ist aber nicht einzeln, wie wir diesen Drang jedes Kindes und jedes Jugendlichen befriedigen. Sehr zu begrüßen sind daher zwei heben im Verlag Richard Bong, Berlin, erschienen Bücher, die unsere Jugend bestimmt, den Leser teils die Entdeckungen wilder Völker, teils das Leben und Treiben zur Urzeit erleben lassen.

Edoiff Heilborn weiß in einem schönen Vorwort zu dem einen dieser Bücher „Unter den Wilden“, Entdeckungen und Abenteuer, die unsere Jugend kennen sollte (mit 5 bunten Beilagen und 36 Textbildern von Erich Sturtevant, 238 Seiten) auf die Bedeutung der Reisebeschreibungen hin, die nicht Erzähltes, sondern Erlebtes berichten, die der Jugend wirkliche Völker fremder Zonen zeigen und keine Phantastik-Milieu. Welche besondere Bedeutung hat aber diese Ausmaße aus alten klassischen Reiseberichten für die Proletariatsjugend? Auch der junge Arbeiter hat Sehnsucht nach Abenteuer, auch er möchte ferne Weltteile sehen. Sein Zukunftsland liegt aber im Sozialismus.

Trotzdem haben diese Berichte für ihn nicht nur den Wert eines spannenden Lesestoffes. Diese alten Berichte sind zugleich Beiträge zur Kulturreinigung des Menschen. Sie sind weit besser als moderne Erzählungen von Südfahrten im Luxusdampfer, von Eroberungszügen kolonialer Abenteuer. Die Völker, zu denen uns Heilborns Buch führt, waren noch nie von Europäern besucht. Sie haunten über die weißen Männer, die sie für Götter hielten, wie den Weltumsegler Cook auf den Sandwichinseln. Sie haunten und erschlugen den Gott Cook, als er sich nicht den Befehlen ihrer Götter fügte. Auch die weißen Männer haunten über die seltsamen Sitten der Wilden, deren Tux sie oft nicht verstanden. Sie beschrieben wais Leben und Treiben dieser Naturkinder in Berichten, die uns die Menschlichkeit dieser unberührten Naturvölker oft näher bringen, als die hochmütigen Schilderungen eines heutigen Weltreisenden oder die faszinierenden Berichte eines Museumsammlers. Diese Lebensbilder, diese, man möchte sagen jugendliche Anschaulichkeit, bildet den Reiz dieser Reisebeschreibungen, denn auch in dem Reizenden steckt noch ein Stück

Wilder, ein Stück magomütigen, ins Unbekannte schweifenden Kindes.

Zugleich geben diese Berichte dem älteren Jugendlichen und dem erwachsenen Proletarier Beiträge nicht nur zur Geschichte der Entdeckungen, sondern auch zur Geschichte der Kolonialpolitik und des Kapitalismus. Rag den Entdeckern die Ausbeutung der Wilden fern liegen, so bildet doch die Entdeckung den Anknüpfungspunkt zu Handelsbeziehungen, bei denen der Braunkohl bereits seine verhängnisvolle Rolle spielt. In dem Bericht des Majors Friedrich v. d. Groeben über die Reise nach Guinea, die zur Gründung der brandenburgischen Kolonie von Groß-Friedrichsburg führte, haben wir bereits eine Unterlage für den Beginn der preussischen Kolonialpolitik unter dem sogenannten großen Kurfürsten.

Die Reiseberichte, die Heilborn kundig zusammengestellt hat, führen uns aber nicht nur zu den Anfängen der Weiterentwicklung des Kapitalismus, sondern sie führen uns zu den Wilden, die Verwahrer des Urmenschen sind. In der Südsee, auf den Koralleninseln und auf den Bräunen Nordamerikas finden wir uns wieder, wie wir vor hunderttausend Jahren lebten, nur daß sich die verschiedene Umgebung, Klima, Pflanzenwelt, Tierwelt, die Entwicklung im einzelnen sehr abweichend gestaltete. Schon längst ist in der Wissenschaft gerade von sozialistischen Schriftstellern die enge Beziehung von Völkerkunde und Vorgeschichtsforschung betont und fruchtbar gemacht worden. Es war daher ein sehr guter Gedanke, neben das völkerkundliche Jugendbuch Heilborns ein Jugendbuch Otto Hausers zu stellen. Der bekannte Praktiker und Theoretiker der Vorgeschichtsforschung hat bereits in seinem Buch „Urmensch und Wilder“ (Verlag Ullstein) in anschaulicher Weise die Zusammenhänge zwischen unseren Steinzeitvorfahren und den noch lebenden, ihnen ähnlichen Menschen dargestellt.

In seinem Jugendbuch „Leben und Treiben zur Urzeit“, das unsere Jugend kennen sollte (mit 4 bunten Beilagen von Wilhelm Kranz und Wilhelm Rühner, 145 Textbildern von Erich Sturtevant und einer Karte des Nordpolar, 285 Seiten), gibt er jene Ergebnisse seiner Ausgrabungen in Südfrankreich, ergänzt durch die zahlreichen anderen Funde aus Urmenschenzeit, in einer Darstellung, die dem Verständnis und dem Anschauungskreis der Jugend angepaßt ist. Aber das Buch kann auch von erwachsenen Arbeitern mit großem Nutzen gelesen werden, denn es bietet in leichter Form viel des Neuen. Ist doch die Frage von der Entstehung der menschlichen Kultur, von der Lebensweise unserer Vorfahren aufs engste verknüpft mit dem Problem der Abstammung des Menschen und der Stellung des Menschen auf der Erde im Rahmen der übrigen Lebewesen. Hier ist die Frage,

Moses oder Darwin, an einem Schachspiel beizumischen zugunsten Darwins. Gerade die Steinzeitforschung führt von Darwin zu Marx, führt vom tierähnlichen Menschen zum Gesellschaftstier Mensch, zum Konsumtomanom der hordenweise in Kalkgruben wohnt, der Kerntzeuge in immer vollendeteren Formen fertigt und sie kunstvoll poliert. Er bietet Häuser geradezu lebendige Illustrationen zu jener kleinen Broschüre „Stamm der Mensch vom Affen ab?“ (Vereinheits-Verlag), in der Engelbert Graf die Ergebnisse der modernen Abstammungslehre und Vorgeschichtsforschung knapp zusammenfaßt. Die Fortsetzung seiner Broschüre „Moses oder Darwin“ wird ebenfalls in ihrem Schlußkapitel durch Hausers ergänzt, während Heilborns Reiseberichte an dem Schluß bedeutender Menschen zeigen, wie die Entdeckungen auf die Horizontweiterung des Menschen wirken mußten und die Umwälzung des astronomischen und gesamten Weltbildes die Folge sein mußte.

Nur wenn wir diese Bücher in dem offeneren Zusammenhang der Menschheitsgeschichte, sowohl der Wirtschaftsentwicklung wie der Kulturgeschichte, der Menschwerdung und Klassenbildung rücken, werden diese Schriften neben dem literarischen Wert, der durch den ausgezeichneten Bilderreichtum erhöht wird, die höchste erzieherische Wirkung haben und als Unterrichtsmaterial dienen oder als ergänzende Füllstoffe bei Unterrichtsstunden empfohlen werden können. So vorgebildet wird dann auch der Jungsozialist mit Nutzen Reiseberichte lesen, wie sie uns Völkerkundler vom Fach geboten haben.

Otto Jenßen

Russen-Schachspiel. (Theater in der Königsgrabenstraße.) Das erste Stück eines nicht-russischen Dichters in der Darstellung des Moskauer Künstler-Theaters: „An des Reiches Pforten“ von Anu Hamjun. Vor Jahren soll das Stück in Berlin aufgeführt worden sein und einen Durchfall erlitten haben. Jetzt vermittelt es einen der stärksten schauspielerischen Einblicke und verhallt den Darstellern zu einem großen Erfolg.

Es ist ein Zufall, daß dieses Drama eines „geistigen Kenners“ von den Russen gespielt wird, während es auf der deutschen Bühne keinen Raum findet? Ist es ein Zufall, daß man hier so selten Gelegenheit hat, jene Höhenluft zu atmen, die am Montag das Spiel der Moskauer Künstler erfüllte? Oder liegt das daran, daß ihr wundervoll abgedichtetes Spiel erst die letzten und tiefsten seelischen Verfassungen des Dramas enthält und die handelnden Personen zurücktreten ließ vor der Macht der Idee, die sich aus ihrem Zusammenspiel offenbart?

Hansjans Drama wirkt deshalb so aufwühlend und erschütternd, weil in ihm ein großer und starker Geist der der ganzen Welt den Kampf angeht, sich nicht beugt als von allen Seiten die Schicksalsgötter auf ihn herabstürzen. Er bleibt seiner Idee treu, er lehnt jedes Kompromiß ab, er will rein und unbedeckt der Wahrheit dienen, die er erkannt, er flüchtet aus der Not und Zerr



